



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

COVID19-Impfstrategie: Fiasko vermeiden, reibungslose Organisation der Schutzimpfungen sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der COVID-19-Impfstrategie für die nötige Klarheit bezüglich folgender Punkte zu sorgen bzw. die Umsetzung dieser Punkte sicherzustellen:

- Zielgruppenspezifische Aufklärungskampagnen, um die Bereitschaft der Bevölkerung sich impfen zu lassen, zu steigern, um möglichst alle Personengruppen anzusprechen und zu erreichen,
- Sicherstellung eines Konzepts zur Bewältigung der Desinformationen,
- Sicherstellung eines reibungslosen Ablaufs sowohl in der Vorbereitung und Beratung, der Dokumentation sowie in der Nachbetreuung nach einer Impfung,
- Festlegung eines ausreichenden Personalbedarfs pro Impfzentrum,
- Einbeziehung der Landesverbände und Hilfsorganisationen in die strategische Planung der Staatsregierung,
- Konzept zur Einbeziehung der Bundeswehr und der Polizei,
- Flächendeckende Aufstellung und Sicherstellung der Unterhaltung mobiler Teams samt Bereitstellung von Fahrzeugen und Material,
- Sicherstellung einer reibungslosen Organisation der zweiten Impfung,
- Konzept für eine sinnvolle Einbeziehung von freiwilligen medizinischen und nicht medizinischen Personals, das sich einbringen möchte, um vorhandene personelle Kapazitäten möglichst effizient zu nutzen,
- Sicherstellung des flächendeckenden Impfangebots für ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, die nicht in Pflegeheimen leben mittels mobiler Teams,
- Sicherstellung von ausreichender Menge an Schutzkleidung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Impfzentren,
- Konzept für die Priorisierung innerhalb von vulnerablen Gruppen, um klare Vorgaben festzulegen, wer die Schutzimpfung zuerst nach welchen Kriterien erhalten soll.

Begründung:

In der Bekämpfung von COVID-19 ist die Impfung die wichtigste Säule, um in der Bevölkerung Immunität herzustellen. Um zu gewährleisten, dass so bald ein Impfstoff da ist auch sofort mit den Impfungen begonnen werden kann, müssen alle Details gut geplant und von den Kommunen in der Ausführung bewältigbar sein. Dies ist eine logistische Meisterleistung, in der noch viele Fragen offen bleiben.

Bund und Länder teilen sich die Aufgaben in der Corona-Impfstrategie. Dabei sind die Bundesländer insbesondere für die Organisation der Impfung zuständig. Zusammen mit den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden sollen bis Mitte Dezember in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten flächendeckend Impfzentren eingerichtet werden. Ergänzt werden soll dies durch mobile Impfteams. Laut dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege sollen die Bayerische Impfzentren bis 15. Dezember 2020 „startklar“ sein.

In der Anfangsphase wird ein Corona-Impfstoff nicht flächendeckend für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Ständige Impfkommision (STIKO) hat deshalb gemeinsam mit der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften – und dem Deutschen Ethikrat erste Vorschläge für eine Priorisierung gemacht. Die Vorschläge der Expertinnen und Experten fließen auch in den Entwurf der Coronavirus-Impfverordnung. Vorgesehen ist auf freiwilliger Basis zunächst eine Impfung für besonders vulnerable Gruppen wie Menschen hohen Alters und Menschen mit chronischen Erkrankungen. Weitere Beispiele sind Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sowie Betreute und Bewohner in stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Zu den Gruppen, die mit Priorität geimpft werden sollen, zählen zudem Menschen mit einem erhöhten Infektionsrisiko etwa aufgrund ihres Berufs (insbesondere medizinisches und pflegerisches Personal) sowie Berufsgruppen aus sensiblen Bereichen der kritischen Infrastruktur wie Polizei, Feuerwehr und Gesundheitswesen. Unklar ist, wie innerhalb dieser Gruppen priorisiert wird, denn am Anfang wird nicht einmal für diese Personengruppen genug Impfstoff vorhanden sein.

Auch weitere Fragen der Logistik, Schutzausrüstung und der ausreichenden Menge an geeignetem Personal zur Bewältigung dieser „Mammut“-Aufgabe stehen weiterhin im Raum und müssen sorgfältig geklärt werden, um eine mögliche Wiederholung der Pannen wie beim Aufbau und dem Betrieb der bayerischen Testzentren nicht zu wiederholen.

Das für die Corona-Impfungen erforderliche medizinische Personal soll gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) und dem Bayerischen Hausärzterverband (BHÄV) gewonnen werden. Bisher haben sich bereits über 2 500 Vertragsärztinnen und -ärzte nach Angaben des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) bereit erklärt, in Impfzentren oder mobilen Impfteams Impfungen durchzuführen. Die KVB ist bereit, die Einteilung der Ärztinnen und Ärzte zu übernehmen. Angesichts des Vorhabens kann davon ausgegangen werden, dass mehr Personal nötig wird, insbesondere auch für andere, nicht medizinische Aufgaben.

Sorgfältig geklärt werden muss ebenso, wie Risikopatientinnen und -patienten, die nicht in Pflegeeinrichtungen leben, oder zu Hause gepflegte Menschen, rechtzeitig an den Impfstoff kommen. Auch ist bisher offen, ob oder wie im ländlichen Raum genügend Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stehen werden.

Außerdem wird eine Strategie nötig sein, wie das StMGP mit Desinformation umgeht.

Dies sind nur wenige Beispiele, die Klarheit und Transparenz erfordern, in einem beispiellosen Projekt in der Geschichte des deutschen und bayerischen Gesundheitswesens.